



THORSTEN FREI.

www.thorsten-frei.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein gutes und gesundes neues Jahr. Auf viele persönliche Begegnungen im Jahr 2023 freue ich mich.

In der Vergangenheit, ich denke hier an die Zeit vor der Pandemie und dem Krieg in der Ukraine war die Zuversicht zum Jahreswechsel in der Bevölkerung gewiss schon größer. Auch damals gab es mit der Finanzmarktkrise, der Schuldenkrise in der EU, der großen Flüchtlingswelle oder eben mit der Pandemie enorme Herausforderungen. Aber es ist uns gelungen, aus diesen Krisen gestärkt hervorzugehen. Bei allen weltwirtschaftlichen Problemen präsentiert sich unsere Wirtschaft so robust wie selten zuvor. Dies liegt auch daran, dass wir die richtigen Schlüsse gezogen und die Dinge richtig angepackt haben. Da bin ich mir bei aktuellen Bundesregierung leider nicht so sicher. Gute Ansätze scheitern zu oft an ideologischen Grundsätzen, die Pragmatismus keinen Platz lassen. Zu viele handwerkliche Fehler wurden in den ersten zwölf Monaten gemacht, die nur eines haben wachsen lassen: die Unsicherheit. Dies lässt die Menschen erwartungsvoll auf eine Regierung blicken, die sich letztlich nur mit Geldverteilen aus der Gießkanne zu helfen weiß. Dies bleibt nicht ohne Wirkung auf die Wirtschaft. Deren Stimmung ist getrübt. Inzwischen wird dort offen von einer Rezession gesprochen.

Ohne Optimismus gehe ich allerdings nicht ins neue Jahr. Positiv stimmt mich, dass wir in der Wählergunst deutlich vor Rot und Grün liegen. Noch sind wir längst nicht dort, wo wir uns selbst sehen. Dieses Ziel wollen wir erreichen, indem wir unseren Kurs der konstruktiven Opposition, der uns 2022 eine Reihe von Erfolgen bescherte, fortsetzen, aufzeigen, was nicht gut läuft und wie man es besser machen könnte.

Herzlichst

FreiBrief aus Berlin

Dezember 2022

Die Ampel hat abgewirtschaftet



Am 8. Dezember 2021 wurden Bundeskanzler Olaf Scholz und seine von SPD, Grünen und FDP getragene Bundesregierung vereidigt. Insofern wurde im Dezember 2022 nach einem Jahr Regierungsverantwortung an vielen Stellen politisch Bilanz gezogen. Auch ich hatte in zwei sehr interessanten Formaten die Möglichkeit, das Agieren der Ampel aus unserer Oppositionssicht heraus zu beleuchten. Zum einen war ich Gast von Jürgen Osterhage bei „Auf den Punkt“ von TV BERLIN. Zum anderen konnte ich Ralf Schuler in seinem neuen Format „SCHULER – Fragen, was ist“ Rede und Antwort stehen. Unbestritten musste sich die neue Bundesregierung nach dem völkerrechtswidrigen Überfall auf die Ukraine einer enormen Krise stellen, die nicht nur die Sicherheit unseres Landes sowie die Gültigkeit bewährter völkerrechtlicher Prinzipien in Frage stellt, sondern ganz konkret auch auf den Alltag jedes Bundesbürgers aufgrund der damit einhergehenden Rekordinflation wirkt. Fakt ist aber auch, dass diese Regierung durch das eigene Handeln, durch handwerkliche Fehler und die fehlende einheitliche Linie vieles unnötigerweise sogar noch verstärkt hat. Die angekündigte Zeitenwende bei der Bundeswehr bleibt aus, obwohl die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr an vielen Stellen deutlich eingeschränkt ist. Energie wird durch die ideologisch getriebene Abschaltung der Atomkraftwerke künstlich verknappt und damit verteuert. Hilfen für Bürger und Unternehmen kamen viel zu spät bzw. bis jetzt überhaupt nicht. Das, was bereits kam, wurde mit der Gießkanne ausgeschüttet, so dass Hilfe zu wenig dort ankommt, wo es am nötigsten wäre. Schlimmer noch wendet diese Regierung sehr viel Kraft für den Umbau unserer bewährten Gesellschaftsordnung auf, wenn man an das Demokratiefördergesetz, das Selbstbestimmungsrecht oder das Staatsbürgerschaftsrecht denkt. Daran

wird tatkräftig gearbeitet, obwohl die Mehrheit der Bürger dagegen ist. Während man bei der Rückführungsoffensive abgelehnter Asylbewerber noch keinen Meter vorangekommen ist. Für mich steht fest, dass die Ampel bereits nach einem Jahr massiv an Vertrauen eingebüßt und faktisch abgewirtschaftet hat. Die beiden Interview-Sendungen können Sie in voller Länge nachschauen unter: <https://youtu.be/k3RFWowApGU> und https://youtu.be/sca1kMPA_00

Migrationspolitik der Ampel gefährdet den Zusammenhalt in Deutschland



Das entscheidende politische Thema im Dezember war die Debatte zur Lockerung der Zuwanderungs- und Einbürgerungsregelungen.

Die deutsche Staatsbürgerschaft soll in Zukunft nicht nach acht, sondern bereits nach fünf bzw. drei Jahren Aufenthalt in Deutschland erteilt werden. Qualitative Anforderungen an Zuwanderer sollen insgesamt immer weiter reduziert werden. Dazu haben wir jüngst auch eine Aktuelle Stunde im Deutschen Bundestag initiiert. Uns irritiert vor allem, dass SPD, Grüne und FDP nie von einer Bringschuld der Migranten sprechen, sondern immer nur eine Verpflichtung Deutschlands zur Aufnahme sehen. Deshalb soll auch im Feld der Migration das Leistungsprinzip, das bewährte Prinzip von Fördern und Fordern aufgegeben werden, obwohl schon heute mehr Menschen in die Sozialsysteme einwandern als in allen anderen Einwanderungsländern. Das dürfte zusätzlichen Druck auf die Sozialsysteme bringen, statt diese wie erhofft zu entlasten. Es gibt zudem große Herausforderungen bei der Unterbringung, im Bildungs- und Betreuungsbereich und auch in Bezug auf Kriminalität. Diese Risiken von Migration aber werden durch SPD, Grüne und FDP völlig unter den Tisch gekehrt. Damit einher gehen eine große Unzufriedenheit in größeren Teilen der Bevölkerung und die weitere Spaltung der Gesellschaft. Es ist nicht zu vermitteln, dass nach den Plänen der Ampel künftig sogar abgelehnte Asylbewerber, die vor dem BAMF

beim Asylverfahren und später vor den Verwaltungsgerichten im Klageverfahren keinen Verfolgungsgrund glaubhaft darlegen konnten, keine Auskunft über Herkunft und Identität geben und darüber hinaus sogar falsche Tatsachen vortäuschen, am Ende sogar noch belohnt werden. Statt einer Abschiebung gibt es den deutschen Pass. Mit solchen Regelungen verliert der Rechtsstaat an Glaubwürdigkeit. Natürlich ist Deutschland ein Einwanderungsland. Vor allem aber sind wir auf qualifizierte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt angewiesen, um die größer werdende Fachkräftelücke zu schließen. Echte Verbesserungen erreichen wir, wenn die zu langen Zeitspannen bei der Visa-Vergabe in unseren Auslandsvertretungen sowie für die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen endlich deutlich verkürzt werden. Aber nicht durch die aktuellen Vorschläge der Bundesregierung. Meine Rede im Deutschen Bundestag in der Aktuellen Stunde zur Migration und dem Staatsangehörigkeitsrecht sehen Sie hier noch einmal: <https://youtu.be/fH7fqa5JgNs> Zu diesem Themenkomplex habe ich mich unter anderem auch gegenüber NTV (<https://www.n-tv.de/politik/49-Euro-Ticket-nur-ein-politisches-Schaufensterprojekt-article23750138.html>), Deutschlandfunk (<https://www.deutschlandfunk.de/thorsten-frei-einbuengerungen-100.html>) sowie der Neuen Osnabrücker Zeitung (https://thorsten-frei.de/fileadmin/user_upload/20221210_NOZ_Der_Weg_der_Ampel_ist_eine_Geisterfahrt.pdf) geäußert.

Im Gespräch mit Bürgern auf dem Donaueschinger Wochenmarkt



Beim ersten Schnee in diesem Winter auf der Baar war ich mit einigen Parteifreunden auf dem Wochenmarkt in Donaueschingen präsent. Zahlreiche Bürger nutzten die Möglichkeit zu einem Austausch, der mir, wie

ich immer wieder betone, für meine politische Arbeit sehr wichtig und auch Basis ist.

Fuldaer Zeitung: „Kapitulation des Rechtsstaats“

Kapitulation des Rechtsstaats

Thorsten Frei

warnet davor, die doppelte Staatsbürgerschaft zum Standardfall zu machen. Mit dem deutschen Pass seien erhebliche Rechte und Pflichten verbunden.

Integration heißt dazuzugehören, Teil des Anderen zu werden. Wer mit dem zweiten Pass in der Tasche rumrennt, wird nie Teil des Anderen. Weil: Ich kann mich immer so positionieren, wie ich will. Der Doppelpass ist die Entscheidung: Ich gehöre hier nicht her.“ Diese Worte stammen von dem ehemaligen SPD-Bezirksbürgermeister von Neukölln, Heinz Buschkowsky. Wenn jemand, der sich wie kaum ein anderer um die Integration von Zuwanderern bemüht hat, sich so klar gegen das Prinzip der Mehrstaatigkeit ausspricht, sollte uns das



Der Gastautor ist parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag und gehört der CDU an.

enthalt in Deutschland – es soll unter SPD und Grünen immer ra-

pelte Staatsbürgerschaft wäre Ausdruck der deutschen Einwanderungsgesellschaft. Man könnte genau andersherum argumentieren: Die Einwanderungsgesellschaft nimmt jene auf, die sich zu ihr kennen.

Es wird argumentiert: Die doppelte Staatsangehörigkeit verlange vom Bürger nicht mehr, sich zu zerreißeln. Sie nähme den Bürger mit seiner Geschichte, mit seiner Tradition, mit seinen Wurzeln. Aber Geschichte, Tradition, Wurzeln – nichts von alledem geht verloren, wenn man eine neue Staatsbürgerschaft annimmt und die alte

Die Pläne der SPD-Bundesinnenministerin Faeser, Doppel- und Mehrfachstaatsbürgerschaften in Deutschland zum Regelfall zu machen, lehnen wir als Union ab. Dazu konnte ich Anfang Dezember in der Fuldaer Zeitung einen Gastkommentar veröffentlichen.

„Integration heißt für mich dazuzugehören, Teil des Anderen zu werden. Wer mit dem zweiten Pass in der Tasche rumrennt, wird nie Teil des Anderen. Weil: Ich kann mich immer so positionieren, wie ich will. Der Doppelpass ist die Entscheidung: Ich gehöre hier nicht her.“ Diese Worte stammen von dem ehemaligen SPD-Bezirksbürgermeister von Neukölln, Heinz Buschkowsky. Wenn jemand, der sich wie kaum ein anderer um die Integration von Zuwanderern bemüht hat, so klar gegen das Prinzip der Mehrstaatigkeit ausspricht, sollte uns das nachdenklich stimmen. Möglicherweise liegen die Dinge im Staatsangehörigkeitsrecht nicht ganz so einfach, wie das manchen in der Ampel-Koalition scheinen mag.“ „Die Staatsangehörigkeit begründet schließlich ein besonderes Verhältnis zwischen den Bürgern. Eine gemeinsame Staatsangehörigkeit verpflichtet uns füreinander einzustehen, und zwar nicht in den Fällen, in denen das einfach ist, sondern in den Fällen, in denen es uns etwas abverlangt. Es ist leicht, die Staatsangehörigkeit zu besitzen, wenn dieser Staat ihnen im Gewande des Sozialstaates oder des demokratischen Rechtsstaats oder der konsularischen Betreuung begegnet, aber schwer, wenn er sie aufruft, ihn notfalls mit ihrem Leben zu verteidigen. Eine gemeinsame Staatsangehörigkeit setzt als Grundlage deshalb eine besondere Identifikation voraus. Und an diese Grundlage darf

die Ampel-Koalition doch nicht mit der technokratischen Geisteshaltung des Rechenschiebers herangehen, der sagt: Wir haben im europäischen Vergleich zu wenige Einbürgerungen; ergo müssen wir die Anforderungen an den Erwerb unserer Staatsbürgerschaft absenken.“ Den gesamten Kommentar können Sie unter https://thorsten-frei.de/fileadmin/user_upload/20221202_Fuldaer_Zeitung_Kapitulation_des_Rechtsstaats.pdf nachlesen.

Traditionelles Interview zum Jahresende bei der Neckarquelle



Mit den Redaktionsmitgliedern um Redaktionsleiter Prof. Dr. Ralf Trautwein habe ich mich in der Redaktion der Neckarquelle in Villingen-Schwenningen unter anderem über den Krieg in der Ukraine, die Energiekrise, die Flüchtlingswelle aus der Ukraine ausgetauscht. Das ganze Interview lesen Sie hier: https://thorsten-frei.de/fileadmin/user_upload/Neckar.pdf

Gespräch mit dem ungarischen Botschafter



Die zügellosen Migrationspläne von SPD, Grünen und FDP waren auch das Kernthema eines neuerlichen politischen Austausches mit dem ungarischen Botschafter, S.E. Dr. Peter Györkos. Ungarn sehe es in höchstem Maße kritisch, dass die Bundesregierung sämtliche zeitlichen und qualitativen Hürden für die Zuwanderung nach Deutschland absenken oder gar ganz abschaffen möchte. Selbst ein Identitätsnachweis soll dann nicht mehr nötig sein, um in Deutschland bleiben und hier von Sozialleistun-

gen profitieren zu können. Ungarn - so der Botschafter - habe große Bedenken, dass dieser deutsche Sonderweg einen neuen Sog illegaler Migration auslöse, der schlussendlich negativ auf ganz Europa wirken wird, aber ganz besonders auf Ungarn und die Balkanroute. Dr. Györkos verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass Länder wie Schweden oder Dänemark heute eine ZeroMigration-Politik verfolgen, weil die dortigen Erfahrungen weit überwiegend schlecht sind und die Integration krachend gescheitert sei. Diese neue "harte" Linie dort wurde sogar von sozialdemokratischen Regierungen implementiert. Die Randalen in Belgien während der Fußball-Weltmeisterschaft nach dem Sieg Marokkos gegen Belgien waren leider ein aktuelles und passendes Beispiel.

Pressegespräch mit Redakteuren bei der Stuttgarter Zeitung



Im Pressehaus in Stuttgart war ich bei Redakteuren der Stuttgarter Zeitung zu Gast. Im Gespräch ging es hauptsächlich um die aktuelle Energiekrise und Flüchtlingsituation in unserem Land. Den Artikel dazu können Sie unter folgendem Link nachlesen: https://thorsten-frei.de/fileadmin/user_upload/20221222_StZtg_Frei_kritisiert_Ampel-Schlingerkurs_in_Energiepolitik.pdf

Zu Gast bei meiner Kollegin Diana Stöcker in Zell im Wiesental



Auf Einladung meiner Kollegin Diana Stöcker und des CDU-Stadtverbandsvorsitzenden Klaus Wetzels sprach ich in Zell im Wiesental über geopolitische Herausforderungen und die Folgen für unser Land. Sehr gefreut habe ich mich über das große Besucherecho und die vielen Fragen nach meiner Rede, die zu einer lebhaften Diskussion führten. Eine tolle Veranstaltung, die mir in sehr positiver Erinnerung bleiben wird.

Beim neuen Geschäftsführer von Mall Umweltsysteme



Bei Mall Umweltsysteme habe ich mich mit Christoph Schulze Wischeler nach dessen erstem Jahr als Geschäftsführer des Donaueschinger Traditionsunternehmens, sowie mit Markus Böll und Martin Lienhard über die aktuelle Situation auf dem Bausektor sowie die Förderpolitik der Bundesregierung ausgetauscht. Diese Politik, so die drei Mall-Vertreter, lasse die für alle Beteiligten notwendige Planungssicherheit vermissen und fördere Unsicherheit. So hätten beispielsweise viele Menschen inzwischen ihre neue Pelletheizung, für die Mall Pellet-Speicher produziert und liefert, im Tausch gegen klimaschädlichere Öl- oder Gasheizungen storniert, weil die Förderung von heute auf morgen von 45 auf 20 Prozent gekürzt wurde. Ambitionierte Klimaschutzpolitik sieht anders aus.

Austausch mit Unternehmern bei der CDU Baden-Württemberg



Zu einem Austausch mit der hiesigen Wirtschaft hatte die CDU Baden-Württemberg nach Stuttgart eingeladen. Dabei ging es um die Notwendigkeit für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung als Basis für einen konkurrenzfähigen Wirtschaftsstandort im Südwesten, der Heimat unzähliger Exportbetriebe ist. Zusammen mit Andreas Jung habe ich die Energiepolitik der von SPD, Grünen und FDP getragenen Bundesregierung durch die bundespolitische Brille analysiert. Die Lösung der gegenwärtigen Herausforderungen, die Industrie, Arbeitsplätze und Wohlstand in Deutschland gefährden, erfordert technische Innovationen und nicht Verzicht und Verbote. Vieles wie die Kernfusion oder CO₂-Abscheidung und Speicherung liegt auf der Hand. Manche Sorge vor negativen Effekten ist mittlerweile überholt.

Im Gespräch mit Schülern in Furtwangen



Nach dem Besuch einer Schülergruppe aus der Robert-Gerwig-Schule im Bundestag in Berlin in den Sommermonaten folgte Anfang Dezember mein Gegenbesuch in der Einrichtung in Furtwangen, in der ich mich seit einigen Jahren regelmäßig mit Schülern von Lehrerin Ranka Pretzer-Korac austausche. In der Fragerunde ging es unter anderem um den weiterhin teils schlechten Mobilfunkempfang in ländlichen Regionen wie etwa dem Bregtal. Breiteren Raum nahm die Diskussion zur Position im Streit ums Bürgergeld ein, ebenso das Thema Generationengerechtigkeit in

Bezug auf Klima- und Rentenpolitik sowie die aktuell hohe Schuldenaufnahme, die auf den Schultern jüngerer Generationen lasten wird.

Blick auf neuen Verkehrsverbund bei der Kreisvorstandssitzung



In der letzten Kreisvorstandssitzung der CDU-Schwarzwald-Baar im Jahr 2022 blickte ich auf ein ereignisreiches Jahr zurück, das unter dem Eindruck des Krieges in der Ukraine und der dadurch ausgelösten Energiekrise stand. Mich freute besonders die Anwesenheit von Landrat Sven Hinterseh, der über die angespannte Lage im Landkreis durch die Vielzahl an Kriegsflüchtlingen und Asylbewerbern sprach. Zudem stellte er den neuen regionalen Verkehrsverbund MOVE vor, der Mitte Dezember mit dem Fahrplanwechsel an den Start ging und deutliche Verbesserungen durch den Zusammenschluss der Kreise Schwarzwald-Baar, Rottweil und Tuttlingen bietet.

Herzliche Einladung zur nächsten Bürgersprechstunde und Online-Sprechstunde



Meine nächste Bürgersprechstunde findet am Mittwoch, 11. Januar, ab 14.30 Uhr in meinem Wahlkreisbüro statt. Anschließend führe ich um 18.00 Uhr eine Online-Sprechstunde bei Facebook durch. Ich freue mich auf Sie!



Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73 972
Fax: (030) 227 76 972

Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5
78048 Villingen-Schwenningen
Tel.: (07721) 99 535 44
Fax: (07721) 99 535 45



thorsten.frei@bundestag.de



www.thorsten-frei.de



ThorstenFreiCDU



thorsten.frei



Thorsten Frei